



Beschlussvorlage

Amt: EBM Schöneboom	Datum: 25.10.2012	Az.:	Drucksache Nr.: 125/2012
------------------------	-------------------	------	--------------------------

Beratungsfolge	Termin	Beratung	Kennung	Abstimmung
Haupt- und Personalausschuss	03.12.2012	vorberatend	nichtöffentlich	einstimmig
Gemeinderat	17.12.2012	beschließend	öffentlich	

Beteiligungsvermerke

Amt					
Handzeichen					

Eingangsvermerke

Oberbürgermeister	Erster Bürgermeister	Bürgermeister	Haupt- und Personalamt Abt. 10/101	Kämmerei	Stabsstelle Recht

Betreff:

Gemeinsam für Lahr – Mitwirkung an kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen

Beschlussvorschlag:

I. Leitlinien:

1. Verwaltung und Gemeinderat stimmen darin überein, die Zusammenarbeit von Gemeinderat, Verwaltung und Bürgerschaft weiter zu intensivieren.
2. Transparenz, Austausch und Dialog bilden die Ausgangspunkte für ein gemeinsames Mitwirken; ein wesentlicher Ansatz soll die Verbesserung der informellen Bürgerbeteiligung sein.
3. Die Bürgerinnen und Bürger können darauf vertrauen, dass ihre Hinweise, Meinungen oder Kritiken Gehör finden. Dies soll zum Normalbestandteil von Entscheidungsfindungen werden.
4. Verwaltung und Gemeinderat ermöglichen den Einsatz verschiedener Beteiligungsinstrumente. Die Verwaltung moderiert die jeweiligen Beteiligungsprozesse und berichtet gemeinsam mit dem Gemeinderat regelmäßig gegenüber der Bürgerschaft.

II. Mitwirkungsinstrumente:

1. Die Stadt Lahr setzt ab 2013 zunächst im Rahmen eines Projektes für 3 Jahre die Forschungs- und Aktivierungsmethode „Bürgerpanel“ ein.
2. Mit der Durchführung von Bürgerbefragungen im Rahmen regelmäßiger Bürgerpanels wird Prof. Dr. Ralf Vandamme, Hochschule Mannheim, beauftragt. Die hierfür nötigen Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 15.000 Euro werden bestätigt.
3. Das Konzept von Herrn Prof. Dr. Ralf Vandamme wird zur Kenntnis genommen (Anlage 2). Im Mittelpunkt des ersten Panels steht eine Bestandsaufnahme zur Kommunalpolitik in Lahr. Themen werden die lokale Politik, Bürgerschaftliches Engagement sowie das Leben in der Stadt und ihren Ortsteilen sein.

BERATUNGSERGEBNIS		Sitzungstag:			Bearbeitungsvermerk	
<input type="checkbox"/> Einstimmig	<input type="checkbox"/> lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss (s. Anlage)			Datum	Handzeichen
<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthalt.			

Anlage(n):

Anlage 1: Broschüre des Städtetages Baden-Württemberg "Hinweise und Empfehlungen zur Bürgermitwirkung in der Kommunalpolitik"

Anlage 2: Bürgerpanel Lahr - Konzept -

Begründung:

I. Ausgangslage:

Die Stadt Lahr verfügt über ein gewachsenes Angebot an Beteiligungsformen, die seit Jahren die Arbeit von Gemeinderat und Verwaltung ergänzen. Hierzu gehören die institutionalisierte Mitarbeit von sachkundigen Einwohnern in den Gremien (z.B. Jugendgemeinderat, Interkultureller Beirat, Stadtmarketingausschuss, Seniorenbeirat, Kulturausschuss, Verkehrsausschuss, u.a.) oder in freiwilligen Zusammenschlüssen (Arbeitskreis für Belange behinderter Menschen, Sicherheitsforum), die in der Geschäftsordnung verankerten Elemente (Fragestunde und Anhörung) oder Durchführung von Bürgerversammlungen (Flughafen, 3./4. Gleis, Landesgartenschau). Hinzu kommen eine Vielzahl von Workshops (Tourismus, Verkehr, Umgestaltung Urteilsplatz) oder themenbezogene Veranstaltungen (wohngebietsbezogene Bewohnerbefragungen zum demographischen Wandel).

Die im Vergleich zu anderen Kommunen des Ortenaukreises in Lahr anhaltend schlechtere Wahlbeteiligung, zunehmendes Desinteresse an den bisherigen Möglichkeiten der Mitgestaltung bei kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen und ein zu beobachtendes Fernbleiben von einzelnen Bevölkerungsgruppen an kommunalpolitischen Willenbildungsprozessen haben den Gemeinderat veranlasst, die Verwaltung zu beauftragen, Vorschläge für ein Mehr an Bürgermitwirkung zu erarbeiten. In nichtöffentlicher Sitzung wurde am 17.05.2010 der Verwaltungsvorlage „Bürgerbeteiligung“ (Drucksache Nr. 069/2010) zugestimmt. Beabsichtigt ist, Leitlinien zu verabschieden und Mitwirkungselemente in die gemeinsame Arbeit zu verankern, die eine stärkere Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die kommunalpolitischen Themen der Stadt zulassen.

Die Verwaltung hat vielfältige Anstrengungen ausgelöst, um sich mit bewährten oder auch neuen Mitwirkungsformen inhaltlich auseinander zu setzen. Eingeflossen in die Arbeit sind die Aktivitäten des Städtetages Baden-Württembergs, Hinweise und Ideen anderer Kommunen, Impulse der neuen Landesregierung sowie die Ergebnisse von Workshops und Tagungen auf Landesebene, die sich mit dem Thema Bürgerbeteiligung beschäftigt haben. Parallel hierzu ergriff die Verwaltung im Rahmen ihrer Mitgliedschaft in der Arbeitsgruppe „Informelle Bürgermitwirkung“ des Städtetages selbst Initiative und brachte einen umfassenden Vorschlag in die aktuellen Diskussionen ein. Der Aufsatz „Veröffentlichung von Gemeinderatsvorlagen vor nicht-öffentlicher (Vor-) Beratung im Ausschuss“ wurde in den Verwaltungsblättern Baden-Württemberg, Ausgabe März 2012, veröffentlicht. Auch sind verschiedene Beteiligungsformen der Stadt Lahr als positive Beispiele in der aktuellen Publikation „Hinweise und Empfehlungen des Städtetags Baden-Württemberg zur Bürgerbeteiligung in die Kommunalpolitik“ eingeflossen (Anlage 1). Mit diesen Aktivitäten zeigen Verwaltung und Gemeinderat nicht nur Gestaltungswillen, sondern auch Bereitschaft, Kommunalpolitik im Dialog weiter zu entwickeln.

In den letzten 24 Monaten wurden in unterschiedlichster Art und Weise Möglichkeiten der Beteiligung genutzt, um die Transparenz verwaltungsseitigen Handelns zu erhöhen und gleichzeitig die Erfahrungen wie die Kompetenzen der Bürgerschaft in Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen.

Beispielhaft seien genannt die Sitzungen des Arbeitskreises Rad- und Fußwegekonzept, die Vorstellung der Spielplatzplanung in der Leopoldstraße, Workshops des Kinder- und Jugendbüros zum Thema kinder- und jugendgerechte LGS, die öffentlichen Informationen zum

Vorhaben Stadtgeschichtliches Museum in der Tonofenfabrik, Runder Tisch mit Stadträten, Bürgern, Hausverwaltung zur Zukunft des Kleinfeldparks mit externen Moderatoren u.a..

Die Verwaltung ist bereit, ein Mehr an Beteiligung/ Mitwirkung dezernatsübergreifend im Verwaltungshandeln zu berücksichtigen. Dies gilt für sämtliche Maßnahmen und Initiativen, die eine Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern an kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen zulassen. Durch eine gemeinsam abgestimmte Strategie kann Bürgermitwirkung Vertrauen in die Arbeit der Gremien des Gemeinderats und der Verwaltung stärken und die Akzeptanz von Entscheidungen fördern. Hierzu gehört, dass sich alle Akteure unvoreingenommen für eine gemeinsame Mitwirkungskultur einsetzen. Notwendig sind die Bereitschaft sich zu informieren, zu diskutieren und sich mit stadtrelevanten Themen auseinander zu setzen. Bürgermitwirkung darf nicht als aufgezwungener Akt durch das Drängen der Bürgerinnen und Bürger stattfinden oder weil es gerade der Zeitgeist erfordert.

Der gewollte Dialog soll eine kontinuierliche Verständigung über und die Transparenz von Verwaltungsvorschlägen zulassen oder kommunalpolitische Initiativen bürgernah ermöglichen. Die Bürgermitwirkung kann ein kritischer Erfolgsfaktor sein, den es zielgerichtet zu nutzen gilt.

Die bisher in Lahr vorhandenen Beteiligungsmöglichkeiten müssen erweitert und qualitativ verbessert werden. Das bedeutet vor allem, den inhaltlichen Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern so frühzeitig zu führen, dass Einflussnahme noch möglich ist. Die Mitwirkungsformen sollen in ihrer Ausrichtung nicht als formaler Akt angelegt sein, sondern als kommunikativer Prozess. Die Bürgerschaft wird hierdurch intensiver in die Entscheidungsprozesse einbezogen. Die Teilhabe soll dabei über den vorhandenen gesetzlichen Standard hinausgehen.

Die Entwicklung einer beständigen Einbindung der Bürgerschaft in kommunalpolitische Prozesse darf jedoch nicht dazu führen, das repräsentative System auszuhebeln bzw. in Frage zu stellen. Vielmehr ist eine Balance zwischen der bewährten Arbeit des Gemeinderates und seiner Gremien und den Aktivitäten einer gezielten Einbeziehung wie auch Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger gefragt.

Bürgerbeteiligung / Bürgermitwirkung verlangt:

1. Die Verwaltung muss bereit sein, Informationen frühzeitig zur Verfügung zu stellen und Mitwirkungselemente vorschlagen.
2. Der Gemeinderat muss bereit sein, die Mitwirkungsformen in die eigene Arbeit zu integrieren. Ein Mehr an Informationen/ Diskussionen und ein Mehr an Beteiligung/ Mitwirkung erfordert ein Mehr an notwendigen finanziellen Mitteln, die bereitzustellen sind.
3. Die Bürgerschaft muss bereit sein, die Angebote anzunehmen und sich aktiv einzubringen.

Nur in diesem Dreiklang wird eine Fortentwicklung der Teilhabe am kommunalpolitischen Entscheidungsprozess zu erreichen sein.

Es wird daher vorgeschlagen, allgemeine Leitlinien zur Bürgerbeteiligung zu beschließen (s. Beschlussempfehlung).

Hinweis: Der vermehrte Anspruch der Bürgerschaft an Beteiligung führt nicht zwangsläufig zu mehr parteipolitischen Engagement oder einer höheren Wahlbeteiligung. Bürgermitwirkung kann jedoch ein Baustein sein, das Interesse an einer aktiveren Kommunalpolitik zu fördern.

II. Bürgerschaftliches Engagement

In der Stadt Lahr hat sich seit Jahren ein breites bürgerschaftliches Engagement bewährt. Viele Bürgerinnen und Bürger bringen sich ehrenamtlich aktiv in unterschiedlichen Institutionen, Vereinen, Kirchen, Glaubensgemeinschaften, Bürgerinitiativen, Beiräten etc. ein. Das Gemeinwesen wird durch diesen persönlichen Einsatz bereichert und gestaltet. Zwischen kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen und bürgerschaftlichem Engagement bestehen unterschiedliche wie auch wechselseitige Beziehungen. Diese Form der Bürgermitwirkung soll separat in einer Vorlage aufgearbeitet werden und die Überlegungen zur Bürgerbeteiligung an kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen ergänzen.

III. Mitwirkungsinstrumente

Die Verwaltung hat im Zuge der Bearbeitung der Gesamthematik zehn Beteiligungsmöglichkeiten ausgewählt, die unter verschiedenen Gesichtspunkten geeignet erscheinen, die Zusammenarbeit von Verwaltung, Gemeinderat und Bürgerschaft in Lahr kurz-, mittel- und langfristig zu intensivieren. Je nach Akzentuierung zielen sie schwerpunktmäßig auf die Entwicklung von Kreativität und Kompetenz, den Ausgleich unterschiedlicher Interessen, die Ansprache bestimmter Zielgruppen oder auf eine möglichst repräsentative Vertretung der Bevölkerung. Sie sind in der Regel themen- bzw. projektorientiert und entsprechend zeitlich befristet.

Die Mitwirkungsinstrumente wurden in drei Gruppen untergliedert, die sich hinsichtlich der Initiative, dem Wirkungsgrad und dem Zusammenspiel der Akteure unterscheiden. Einzelne, in Gruppen und/ oder auch in ihrer Gesamtheit fördern sie ein Mehr an Information und Kommunikation, einen aktiven Austausch und höhere Transparenz zu stadtrelevanten Themen. Des Weiteren können sie die von Verwaltung und Gemeinderat angestrebte Mitwirkung der Bürgerschaft an kommunalpolitischen Angelegenheiten der Kommune beleben.

Mit der geplanten Umsetzung der unter **III.1** beschriebenen Vorhaben (**Informationen, Web 2.0, Vorlagenmanagement** und **Bürgersprechstunde**) ist die Verwaltung gewillt, von sich aus aktiv verschiedene Beiträge zu einer umfassenden Mitteilungspolitik zu leisten. Damit werden weitreichende Informationsmöglichkeiten für alle Gemeinderäte, die Gremien des Gemeinderates und die Öffentlichkeit geschaffen, die über die bisherige Praxis hinaus gehen.

Die unter **III.2** vorgeschlagenen Beteiligungsformen (**Gremien für Bürgerbeteiligung, Bürgerstammtisch** und **Bürgerversammlung**) können die Zusammenarbeit von Gemeinderat und Bürgerschaft stärken. Sie erfordern die Bereitschaft der einzelnen Gemeinderäte aber auch der Fraktionen, zu einem regelmäßigen und gezielten Informationsaustausch zwischen Mandatsträgern und Bürgerinnen und Bürgern. Die Bürgerschaft ist ihrerseits angehalten, sich aktiv einzubringen und mit zu machen.

Die Mitwirkungselemente unter **III.3** (**Planungszelle, Bürgerpanel** und **Zukunftswerkstatt**) bieten die Chance neuer Formen von Zusammenarbeit von Verwaltung, Gemeinderat und Bürgerschaft. Diese bereits in der Praxis bewährten Instrumente lassen eine direkte Verknüpfung der am Dialog interessierten Partner zu und führen im Ergebnis zu einer stärkeren Partizipation an der Kommunalpolitik.

III.1 Akteur: Verwaltung

III.1.1 Informationen*

Kurzbeschreibung

- *Umfassende Informationen der Bürgerschaft sind Voraussetzung und Grundlage einer erfolgreichen Bürgerbeteiligung.*
- *Ziel ist es, die Bürgerschaft zeitnah, schnell, umfassend und kontinuierlich über alle relevanten Themen zu informieren und zu sensibilisieren.*
- *Die Informationen können über alle zur Verfügung stehenden Medien erfolgen (Zeitungen, Radio, Fernsehen, Internet).*
- *Konkrete Instrumente sind Pressemitteilungen, Pressekonferenzen, Teilnahme von Journalisten an Veranstaltungen, Veröffentlichungen im Internet.*

Vorteile

- *Große Reichweite: Ein breiter Kreis der Öffentlichkeit kann schnell und ausführlich informiert werden.*
- *Die Informationsvermittlung über das Internet bietet den Vorteil, dass weiterführende Links oder Dokumente zum Download angeboten werden können und eine laufende Aktualisierung erfolgen kann.*
- *Kostengünstiges Instrument.*
- *Mit kontinuierlichen Informationen kann eine Steigerung des Interesses der Öffentlichkeit an einem Thema erreicht werden.*

Nachteile

- *Die journalistische Freiheit führt dazu, dass nur geringer Einfluss auf die tatsächliche Form und die Inhalte der Berichterstattung in den Medien besteht.*
- *Gefahr unsachlicher Berichterstattung.*
- *Reichweite und Nutzergruppen der Medien unterscheiden sich stark.*
- *Einwegkommunikation – Eine Rückmeldung der Bevölkerung findet in der Regel nicht statt.*

Ziele / Beispiele

- *Die Informationen sind ein unverzichtbarer Bestandteil der Bürgerbeteiligung.*
- *Die Verwaltung hat in den letzten Monaten gezielt früher über bestehende Vorhaben berichtet (z.B. Spielplatz Albrechtstraße, Wohnheim für Wohnsitzlose, Deutsche Marktgilde/ Marktbeschicker, Ärztehaus Doler Platz).*
- *In allen Verwaltungsbereichen sollen die Informationen noch rechtzeitiger eingesetzt werden, um größtmögliche Transparenz zu erreichen.*

** Die Verwaltung arbeitet vielfach mit Informationen. Dieses Instrument soll weiter geführt und optimiert werden.*

III.1.2 web 2.0

Kurzbeschreibung

- *Das Internet ist zwischenzeitlich das wichtigste Medium der Außendarstellung der Verwaltung. Ergänzende Angebote des web 2.0, wie z. B. Blogs (Internettagebuch), Chats (öffentlicher Echtzeit E-Mail Austausch) Twitter und Social Networks (z.B. facebook) zielen in Richtung stärkerer Kommunikation und können damit wichtige Impulse sein, um die Bereitstellung von Informationen für die Bürgerschaft und den gezielten Austausch zu erhöhen.*
- *Verwaltungen stehen heute Bürgern gegenüber, für die Facebook, bloggen und twittern so selbstverständlich zum Alltag gehören, wie die Nutzung von Telefon und E-Mail. Daher besteht die Notwendigkeit, diese modernen Kommunikationsformen zu nutzen.*

- Mit web 2.0 können die Bürgerinnen und Bürger die Inhalte im Internet zukünftig nicht nur konsumieren, sondern haben die Möglichkeit direkt zu reagieren, zu kommunizieren und mit zu gestalten.
- Die Social-Media-Kanäle müssen intensiv beobachtet und gegebenenfalls beeinflusst werden. So enthält beispielsweise der Wikipedia-Eintrag zur Stadt Lahr umfangreiche Informationen zu städtischen Themen. Ähnliche Einträge und Auftritte können jederzeit auf den verschiedenen Plattformen eingerichtet werden.
- Ein städtisches Engagement im web 2.0 erfordert eine konzeptionelle Planung (Webstrategie). Neue Wege der Vermarktung müssen gegangen werden. Zukünftig sollen deshalb Themen wie Internetmarketing und Suchmaschinenoptimierung eine zunehmende Rolle spielen.

Vorteile

- Künftig werden große Projekte nur noch mit umfassender Bürgerbeteiligung umsetzbar sein. Die Möglichkeiten von web 2.0 können diese vereinfachen und begleiten.
- Web 2.0 bietet die Möglichkeit, Zielgruppen anzusprechen, die durch die konventionellen Angebote nicht bzw. nicht mehr erreicht werden.
- Eine schnelle Reaktion auf aktuelle Entwicklungen ist möglich.
- Da sich die Diskussionen im virtuellen Raum abspielen, kann sich der Bürger ohne großen zeitlichen Aufwand unabhängig von Ort und Zeit zum Thema äußern.

Nachteile

- Die Faszination und das große mediale Echo zu den Möglichkeiten von web 2.0 erfordern eine sorgfältige Abwägung von Aufwand und Ertrag des jeweiligen Instruments, um einen effektiven Einsatz zu gewährleisten.
- Die Kommunikation als Ganzes darf sich nicht ausschließlich auf web 2.0 konzentrieren, da ansonsten die Gefahr besteht, ganze Bevölkerungsgruppen auszuschließen (bspw. ältere Mitbürger, finanziell schlechter gestellte Personen, Menschen mit grundlegenden Vorbehalten gegen Social Networks).

Beispiele / Einsatzbereiche

Web 2.0 ist ein grundlegendes Instrument, das der Unterstützung anderer Projekte der Bürgerbeteiligung dient und in allen Bereichen der Verwaltung Anwendung finden soll.

- Bürgerforen zu aktuellen Themen
- Blogs zu Themen und von Personen, z.B. Oberbürgermeister
- Beschwerdemanagement, z.B. Baustellen, Straßenschäden
- Online-Chats zu Themen und/ oder mit Verwaltungsvertretern
- Präsenz der Stadt Lahr auf facebook und verschiedenen Social-Media-Kanälen wie Wikipedia, flickr, google + youtube etc. zu Themen / Verwaltungsbereichen
- Entwicklung von Apps für Smartphones z.B. im Bereich Tourismus

Ziel

- Die Verwaltung beabsichtigt, eine Gesamtstrategie für web 2.0 zu entwickeln. Es stehen aber derzeit nur eingeschränkt personelle Ressourcen zur Verfügung, die Einfluss auf die zeitliche Realisierung haben.

III.1.3 Vorlagenmanagement

Kurzbeschreibung

- Mit der im Entwurf vorliegenden Dienstanweisung des Oberbürgermeisters zur Durchführung der Dezernentenbesprechung soll im Jahr 2013 das bisher gültige schriftliche Mitzeichnungsverfahren für Vorlagen ersetzt werden. Ein formalisiertes Vorlagenmanagement wird Anwendung finden.
- Vom Oberbürgermeister bestätigte Verhandlungsgegenstände (Vorlagen oder Informationen) werden den zu beteiligenden Gremien mit mehr zeitlichem Vorlauf als bisher zur Verfügung gestellt. Auch die Medien und die Öffentlichkeit erhalten die Möglichkeit, sich frühzeitiger über Vorhaben der Verwaltung zu informieren.

- Innerhalb der Verwaltung wird mehr Zeit zur Verfügung stehen, Vorlagen zu erarbeiten und intern vor Weitergabe an die Gremien des Gemeinderates dezernatsübergreifend abzustimmen.

Vorteile

- Das Vorlagenverfahren gewährleistet eine Abwägung/ Diskussion unter fachlichen, strategischen, kommunalpolitischen oder finanziellen Gesichtspunkten bei. Es führt zu einer ausgewogenen wie abschließenden Meinungsbildung innerhalb der Verwaltung.
- Alle Gemeinderäte können sich mit Inkrafttreten des neuen Verfahrens ausführlicher als bisher mit Vorlageninhalten beschäftigen und bekommen zudem durch den zeitlichen Vorlauf die Gelegenheit, sich im Zuge ihrer Entscheidungsfindung mit anderen Gemeinderäten auszutauschen.
- Auf sämtliche Sitzungsunterlagen kann zeitiger zugegriffen werden. Die gleichzeitige Information an Nichtausschussmitglieder stärkt deren Stellung als Gemeinderäte und berücksichtigt zudem die Interessen von Minderheitenvertretern.
- Mit der inhaltlichen Verbesserung des Vorlagenmanagement geht auch eine frühzeitige Information bzw. Einbeziehung der Öffentlichkeit in allen Angelegenheiten der Stadt Lahr einher. Hierdurch kann sich sowohl der Prozess der Meinungsbildung der Mandatsträger verstärken als auch die demokratische Mitwirkung der Bürgerschaft gefördert werden.
- Mit der frühzeitigen Übergabe von Sitzungsunterlagen wird die uneingeschränkte Ausübung aller ehrenamtlich tätigen Gemeinderäte unterstützt wie auch die Interessen der Allgemeinheit an mehr Information gleichermaßen berücksichtigt.

Nachteile

- Die Gesamtsteuerung des Vorlagenmanagements in die Verwaltung hinein und das zur Verfügung stellen von Unterlagen für die Öffentlichkeit umfasst ein komplexes Verfahren, was zu einem dauerhaft erhöhtem Arbeitsaufwand führt.
- Die Vor- und Nachbereitung von Dezernentenbesprechungen erfordern durch die Formalisierung einen erhöhten Arbeitsaufwand. Hierzu zählt auch die unverzügliche Einstellung von Verhandlungsgegenständen in das Internet, um die zeitnahe Information der Öffentlichkeit aktuell abzusichern.

Hinweise

- Der Gemeinderat hat mit Beschluss über den Haushalt 2012 die Voraussetzungen geschaffen, dass in der Abt. 10/101 eine Verwaltungsstelle für das Vorlagenmanagement/ Ratsinformationssystem eingerichtet wird.
- Parallel zur Umsetzung der Vorlage „Gemeinsam für Lahr: Mitwirkung an kommunal-politischen Entscheidungsprozessen“ soll die Einführung des neuen Verfahrens erfolgen.

III.1.4 Bürgersprechstunde*

Kurzbeschreibung

- Der Oberbürgermeister bietet regelmäßig zu festen Terminen Sprechstunden an. Hinzu sollen regelmäßig stattfindende Sprechstunden der Beigeordneten zu dezernatsbezogenen Schwerpunktthemen kommen.
- Bürgerinnen und Bürger können ihre Gedanken, Sorgen, Ideen und Meinungen zu allen verwaltungsrelevanten Themen vortragen.
- Für die Bürgersprechstunde ist eine telefonische Voranmeldung notwendig. Dort wird auch geklärt, ob es sich um ein Thema handelt, das in die Zuständigkeit der Stadtverwaltung fällt.

Vorteile

- Direkte Ansprache der Verwaltungsspitze.
- Die Verwaltungsspitze erhält eine direkte Rückmeldung aus der Bürgerschaft, die wertvolle Impulse für Projekte, Entwicklungen, etc. liefern kann.
- Die Bürgersprechstunde hat zusätzlich große symbolische Wirkung: Oberbürgermeister und Beigeordnete sind niederschwellig für alle ansprechbar.

Nachteile

- *Vielfach nutzen immer die gleichen Personen die Gelegenheit zur Selbstdarstellung.*
- *Die Kommune ist für die vorgetragenen Sachverhalte oft nicht zuständig (z.B. Renten- oder Versicherungsfragen).*
- *Zeitlicher Aufwand und Ertrag könnten auseinander führen.*
- *Es darf nicht zum Eindruck verwaltungsinterner Bevorzugung von Anliegen, die aus der Bürgersprechstunde in die Verwaltung eingebracht werden, kommen.*

** Das Instrument Bürgersprechstunde hat sich bewährt und soll thematisch um den Austausch mit den Beigeordneten erweitert werden.*

III.2 Akteure: Gemeinderat und Bürgerschaft**III.2.1 Gremium für Bürgerbeteiligung****Kurzbeschreibung**

- *Bildung eines Ausschusses/Beirates für Bürgerbeteiligung beziehungsweise Anbindung an einen bestehenden Ausschuss mit dem Ziel der Förderung des Dialogs mit der Bürgerschaft.*
- *Ein Gremium für Bürgerbeteiligung entwickelt und fördert Ideen und Strategien, um die Arbeit von Gemeinderat und Verwaltung zu unterstützen.*
- *Bestehende Projektgruppen und Organisationen sollten möglichst vertreten sein.*

Vorteile

- *Der Stellenwert der Bürgerbeteiligung wird durch die Einrichtung eines eigenen Gremiums oder die Anbindung an einen bestehenden Ausschuss erhöht.*
- *Das Thema Bürgermitwirkung bleibt durch die wiederkehrenden Termine präsent.*

Nachteile

- *Die Gesamtaufgabe Bürgerbeteiligung kann nach Bildung eines Gremiums in den Hintergrund treten und sich nur auf die Arbeit dieses Gremiums reduzieren. Es besteht die Gefahr der Begrenzung von Beteiligung/ Mitwirkung auf die Mitglieder.*
- *Ein zusätzliches Gremium könnte das Geflecht der vorhandenen Gremien konterkarieren und reine Alibifunktion haben.*

Beispiele / Einsatzbereiche

- *Oberkirch / Filderstadt*
- *Neue und bestehende Themen werden auf die Möglichkeit hin Bürger einzubeziehen analysiert.*
- *Anstoßen von Beteiligungsprojekten und –prozessen.*

III.2.2 Bürgerstammtisch zu kommunalen Themen**Kurzbeschreibung**

- *Beim Bürgerstammtisch hat die Bevölkerung die Möglichkeit, mit Gemeinderäten direkt in Kontakt zu treten. Er ist ein Forum für interessierte Bürger.*
- *Der Stammtisch findet regelmäßig statt und ist fraktionsübergreifend. Eine feste Tagesordnung ist nicht erforderlich. Es können aktuelle Projekte und Vorhaben vorgestellt und diskutiert sowie Meinungen und Ideen informell ausgetauscht werden. Insbesondere Neubürger hätten Gelegenheit, die gewählten Vertreter kennenzulernen und Kontakte zu knüpfen.*
- *Der Stammtisch sollte grundsätzlich an einem festen Ort stattfinden. Zu stadtteilbezogenen Themen könnte er in den Stadtteilen veranstaltet werden.*
- *Um den fraktionsübergreifenden Charakter zu betonen, würde es sich anbieten, dass die Fraktionen wechselweise zum Stammtisch einladen.*

Vorteile

- *Niederschwelliges Angebot mit direkter Beteiligungsmöglichkeit im Gegensatz zur reinen Zuhörerfunktion im Gemeinderat.*
- *Der offene Charakter bietet die Möglichkeit, neue Themen anzuregen sowie bei aktuellen Themen Tendenzen und mögliche Hemmnisse/Konfliktpotenzial frühzeitig zu erkennen.*

Nachteile

- *Nicht alle Bevölkerungsgruppen werden gleichermaßen angesprochen (z.B. Migranten).*
- *Es besteht die Gefahr, dass der Stammtisch mit der Zeit seinen offenen Charakter verliert.*
- *Das Instrument eignet sich weniger für konflikträchtige Themen.*

Beispiele / Einsatzbereiche

- *Erörterung aktueller Themen jedweder Art.*

III. 2.3 Bürgerversammlung***Kurzbeschreibung**

- *Interessierte und/oder Betroffene werden zu einem bestimmten Zeitpunkt über Pläne und Programme mit lokalem Bezug unterrichtet. Auf Grund eines Gemeinderatsbeschlusses erhält die Verwaltung den Auftrag einer umfassenden Information der Bürgerschaft über ein bestimmtes kommunalpolitisches Vorhaben. Ziel ist, das Thema ausführlich öffentlich zu erörtern und zu diskutieren.*

Vorteile

- *Gegenüber einer reinen Informationsveranstaltung besteht bei einer Bürgerversammlung die Möglichkeit, Stellungnahmen abzugeben, Kritiken zu äußern und Vorschläge einzubringen. Um diese in den Entscheidungsprozess einfließen zu lassen, ist der Zeitpunkt der Durchführung der Versammlung entscheidend: Es muss noch Spielraum vorhanden sein.*
- *Die Themen werden öffentlich behandelt. Jede/jeder kann hingehen. Es findet kein Auswahl- und Zulassungsverfahren statt und es werden keine Meinungsführer bevorzugt.*

Nachteile

- *Bürgerversammlungen verursachen in der Regel einen hohen verwaltungsseitigen Aufwand.*
- *Durch die Freiwilligkeit der Teilnahme und fehlender Verbindlichkeit lässt sich kein repräsentatives Meinungsbild ableiten, da Bürgerversammlungen mehr der Information dienen.*

- * *Die Verwaltung empfiehlt, das Instrument Bürgerversammlung auch weiterhin sachverhaltsbezogen zu nutzen.*

III.3 Akteure: Verwaltung, Gemeinderat und Bürgerschaft**III.3.1 Planungszelle****Kurzbeschreibung**

- *In einer Planungszelle schließen sich ca. 25 in einem Zufallsverfahren ausgewählte Personen (ab 16 Jahre) zu einer Gruppe zusammen. Ziel ist, nach einem Input eine konkrete Fragestellung zu bearbeiten und eine Lösung für ein vorhandenes Problem zu erreichen.*
- *Die Teilnehmer erarbeiten gemeinsam mit zwei Mitarbeitern der betreffenden Fachressorts sowie angeleitet von Prozessbegleitern Vorschläge, die in einer vorgegebenen bzw. in der zur Verfügung stehenden Zeit bewältigt werden müssen.*
- *Das Verfahren Planungszelle gilt als besonders wirkungsvoller Ansatz zur Überwindung von üblichen Problemen der Bürgerbeteiligung wie beispielsweise geringe Resonanz, Uninformiertheit, soziale Selektivität oder auch Dominanz verschiedener Interessengruppen. Dem wirkt die Planungszelle durch die repräsentativ ausgewählten Bürgerinnen und Bürger entgegen, zudem wird sie von Expertinnen und Experten begleitet.*

Vorteile

- Ergebnisse von Planungszellen zeigen, dass die Teilnehmenden in der Lage sind, selbst komplexe Sachverhalte zu bewältigen und die „Laiengutachten“ den Expertengutachten in nichts nachstehen.
- Die Ergebnisse werden in einem sog. Bürgergutachten zusammengefasst und den politischen Entscheidungsgremien als Beratungsunterlage zur Verfügung gestellt.
- Ein weiterer Vorteil besteht darin, dass Planungszellen in bestehende administrative Arbeitsabläufe integriert werden können.

Nachteile

- Die mit der Zufallsauswahl einher gehende Exklusivität der Teilnahme könnte ein Problem sein, da nicht alle Interessierten mitarbeiten können.
- Mit der Durchführung einer Planungszelle entstehen vergleichsweise hohe finanzielle Kosten und organisatorische Aufwendungen. Für die Phase der Durchführung müssen die Bürgerinnen und Bürger freigestellt und von der öffentlichen Hand vergütet werden.

Einsatzbereiche

- Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes, Integrative Betreuungsangebote für Kinder, Zukunft des Wochenmarktes oder der Weihnachtsaktion „Lichtblicke“, etc.

III.3.2 Bürgerpanel**Kurzbeschreibung**

- Das Bürgerpanel gilt als repräsentative Methode. Durch mehrfache Bürgerbefragungen (zwei bis dreimal im Jahr) kann ein „belastbares Meinungsbild“ erzeugt werden. Es findet ein regelmäßiger institutionalisierter Dialog von Gemeinderat und Verwaltung mit der Bürgerschaft statt und zwar in inhaltlicher und zeitlicher Abstimmung mit der Agenda von Gemeinderat und Verwaltung.

Vorteil

- Mit dem Bürgerpanel wird ein Dialog zu den wichtigsten kommunalpolitischen Fragen der Gemeinde ermöglicht. Die Teilnahme bzw. Befragung ist für alle Bürgerinnen und Bürger offen. Jeder Interessierte kann sich online oder über einen zugeschickten/abgeholten Fragebogen beteiligen.
- Jeder/jede Beteiligte hat die Chancen zum institutionell Beteiligten (Panelisten) zu werden. Die Qualität der Befragung wird durch eine unabhängige Begleitung gesichert.
- Ein regelmäßiges Monitoring von Einstellung und Meinung der Bevölkerung kann ein fester Bestandteil in der Arbeit der kommunalpolitisch gewählten Vertretungsgremien werden.

Nachteile

- Um kontinuierliche Befragungen vorbereiten, durchführen und auswerten zu können, sind verwaltungsseitige Ressourcen unerlässlich. Hinzu kommen externe Leistungen, um eine professionelle Begleitung abzusichern. Kosten belaufen sich hier auf ca. 10.000 bis 15.000 Euro pro Jahr.

Hinweis

- Das Bürgerpanel könnte projektbezogen für die nächsten drei Jahre zum Einsatz gelangen, um Anhaltspunkte für Veränderungen und Verbesserungen zu sozialen, integrativen, kulturellen oder ökologischen Fragen zu erhalten. Mit dem Einsatz dieses Instrumentes ist eine Aktivierung des Dialoggedankens gesichert.

III.3.3 Zukunftswerkstatt**Kurzbeschreibung**

- Die Zukunftswerkstatt hat das Ziel, Visionen zu entwickeln, z.B. bei der Erstellung von Leitbildern oder Zukunftsprojekten. Durch eine kreative Arbeitsatmosphäre unter Einbeziehung von Moderatoren sollen phantasievolle und ungewöhnliche Lösungen für aktuelle Fragestellungen geschaffen werden.

- *Mit verschiedenen Methoden und Arbeitsformen werden die Vielfalt an Gedanken, Einschätzungen, Erfahrungen und Wünschen auf Seiten der Teilnehmer angeregt und für alle sichtbar gemacht.*
- *Zukunftswerkstätten sind aktivierend und handlungsorientiert; sie bauen durch die frühzeitige Einbindung in Planung und Vorhaben der Kommune Konflikte vor.*

Vorteile

- *Durch Zukunftswerkstätten lassen sich wesentlich zutreffendere Bilder von dem, was die Bürgerinnen und Bürger wirklich wollen, erreichen, als durch Meinungsumfragen.*
- *Die Zukunftswerkstatt ist ein vorgegebener strukturierter Prozess mit aufeinander aufbauenden Phasen. Zeitstruktur und Rollenklarheit lassen die partizipierende Formulierung von Zielen, Themen und Fragestellungen zu.*
- *Der Aufbau einer Zukunftswerkstatt umfasst drei Phasen:*
 1. *In der Kritikphase sollen sich die Teilnehmer über kreative Elemente auf das Thema einstimmen.*
 2. *In der Phantasiephase sollen Visionen entwickelt bzw. entworfen werden, wobei die Realität zunächst zurückgestellt ist.*
 3. *In der Realisierungsphase werden die Visionen mit der Realität konfrontiert und nach Lösung zur Umsetzung gesucht.*

Nachteile

- *Die Repräsentativität ist nicht gegeben.*
- *Es wird nur eine geringe Verbindlichkeit der erzielten Ergebnisse erreicht. Die Etablierung von Zukunftswerkstätten bedarf einer professionellen Organisation und Moderation unter Einbeziehung von entsprechenden Institutionen und Organisationen; dies ist wiederum mit einem finanziellen Aufwand verbunden.*

Einsatzbereiche

- *Bildungslandschaft Lahr, Straßenbahnprojekt, Zukunft der Bäder, Pflegestandards für öffentliche Grünanlagen, etc.*

IV. Workshop

Am 24. April 2012 hat auf der Grundlage der Verwaltungsvorschläge ein Workshop mit dem Gemeinderat stattgefunden; allen Stadträten liegt eine umfassende Dokumentation vor. Alle Beteiligungsinstrumente wurden unter fachkundiger Begleitung von Herrn Prof. Dr. Vandamme (siehe Vita in Anlage 2) intensiv diskutiert und unter dem Gesichtspunkt ihres Einsatzes/ ihrer Tauglichkeit in der Lahrer Kommunalpolitik bewertet. Die Anwesenden haben nicht nur ein positives Fazit zur grundsätzlichen Befassung mit neuen Beteiligungsformen gezogen, sondern im Ergebnis der Veranstaltung mehrheitlich vorgeschlagen, die Instrumente **Bürgerpanel und Planungszelle** zukünftig in die kommunalpolitische Arbeit stärker einzubeziehen. Die übrigen Vorschläge sollen entweder sachverhaltsbezogen (Bsp. Bürgerversammlung) Anwendung finden oder nicht weiter verfolgt werden. Zu den jeweiligen Begründungen wird auf die Zusammenfassung verwiesen.

V. Informationsforum

Im Rahmen eines Informationsforums, an dem am 11. Juni 2012 über 100 interessierte Bürgerinnen und Bürger teilnahmen, bestand die Möglichkeit, sich auch intensiv mit den Anregungen der Verwaltung auseinander zu setzen. Hierüber wurde ebenfalls eine ausführliche Dokumentation gefertigt, die neben den Beteiligten allen Mitgliedern des Gemeinderates wie den Mitgliedern der sieben Ortschaftsräte zugegangen ist. Nach Auswertung der Hinweise und Meinungen aus der Bürgerschaft lässt sich eine Übereinstimmung mit dem Workshop des Gemeinderates feststellen: Mehrheitlich waren die Teilnehmenden der Ansicht, dass der Einsatz eines **Bürgerpanels** auf Grund der Niederschwelligkeit, des einfachen Zugangs und der Repräsentativität erfolgen sollte. Daneben fanden auch die **Planungszelle** und die **Zukunftswerkstatt** Anklang. Die Begründungen und die Bewertungen der jeweiligen Instrumente sind der Zusammenfassung zu entnehmen.

VI. Fazit:

Der durch den Gemeinderatsbeschluss im Jahr 2010 angestoßene Diskussionsprozess zum Thema Bürgerbeteiligung hat dazu geführt, dass in der Folge bereits vielfältige Formen der Einbeziehung und der Beteiligung eingesetzt wurden. Diese Angebote haben dazu beigetragen, die Transparenz von Gemeinderatsbeschlüssen zu erhöhen (s. Rad- und Fußwegekonzeption) oder vorzubereiten, um breitere Akzeptanz zu erreichen (z.B. Arbeitskreis Parkraumkonzept, Zukunftswerkstatt Bildungslandschaft Lahr).

Ab 2013 sollen weitere Beteiligungsformen in die Kommunalpolitik Einzug halten.

Auf Grund einer ausgewogenen wie auch intensiven Beratung über verschiedene Mitwirkungsinstrumente ist es gelungen, ein breites Meinungsbild aus dem Gemeinderat, der Verwaltung und der Bürgerschaft zu erhalten.

Das Bürgerpanel wird als geeignetes Instrument beurteilt, Bürgermitwirkung noch stärker zu initiieren und auszugestalten, um positive Effekte für Lahr zu erreichen. Mit den gezielten Befragungen sollen für die Kommunikation und Interaktion zwischen Gemeinderat, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern neue Impulse ermöglicht werden. Auch bislang passive und der Kommunalpolitik abgewandte Menschen können für eine aktive Rolle motiviert werden.

Mit den Ergebnissen aus Bürgerpaneluntersuchungen ist das Interesse für Stadtpolitik zu erhöhen und dadurch unmittelbar auch der Konsens in der Gesellschaft zu fördern. Auch wird der Gemeinderat in die Lage versetzt, auf Basis der repräsentativen Resultate ausgewogene Entscheidungen herbeizuführen.

Beispiel Viernheim:

Die Stadt Viernheim hat als eine der ersten in Deutschland im Jahre 2005 im Rahmen eines Pilotprojekts mit Panelbefragungen begonnen. Auf aktuelle Nachfrage wurde durch die Stadtverwaltung mitgeteilt, dass mit der kontinuierlichen Beteiligung von Panelisten, einer repräsentativen Auswahl an Bürgern sowie derjenigen, die sich freiwillig an den Befragungen beteiligen ein breiter Bevölkerungsquerschnitt erreicht wird.

Haben sich anfangs 131 Panelisten beteiligt, sind mittlerweile 513 Bürgerinnen und Bürger bereit, sich regelmäßig mit den unterschiedlichsten kommunalen Themen zu befassen und mitzumachen. Hinzu kommen ca. 850 Bürgerinnen und Bürger, die von Seiten der Verwaltung ausgewählt werden. Nach mittlerweile 7 Jahren Arbeit mit dem Instrument Bürgerpanel schätzt die Stadt Viernheim ein, dass sich ein positives Bild des demokratischen Verständnisses herausgebildet hat und städtische Themen breiter als zuvor in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Zudem ist die Akzeptanz in politische Entscheidungen gestiegen und eine größere Zufriedenheit mit der Kommunalpolitik zu verzeichnen.

Mit der Durchführung von Panelbefragungen können demnach alle an diesem Prozess Beteiligte gewinnen, denn wer die Chance hat, an einem Prozess aktiv mitzuwirken, akzeptiert die abschließend vom Gemeinderat zu treffende Entscheidung eher als jemand, dem die Möglichkeit verwehrt war. Der Grad der tatsächlichen Einflussnahme ist hierbei nicht ausschlaggebend. Allein die Gelegenheit, das Angebot, das Gefragt und das Gehört werden, erhöht nicht unmaßgeblich die Entscheidungsakzeptanz.

Der Einsatz eines Bürgerpanels ist eine Mitwirkungsmöglichkeit, die die Bürgerschaft in die Lage versetzt, sich verstärkt über die wichtigen Belange der Stadt Lahr zu informieren und diese im Rahmen der Möglichkeiten mit zu gestalten.

Die Verwaltung empfiehlt, ab Januar 2013 mit dem Bürgerpanel zu arbeiten (s. Beschlussvorschlag).

Guido Schöneboom
Erster Bürgermeister

Friederike Ohnemus
Leiterin der Abteilung Ratsangelegenheiten,
Öffentlichkeitsarbeit und Stadtmarketing